

Sammelklageverein bietet kostenlose Prozessführung über Finanzierungsgesellschaft

Chance für Amis-Geschädigte

Von Franz Steinbauer

- Die Gesellschaft Advofin trägt das finanzielle Risiko.
- Im Erfolgsfall bekommt die Advofin ein Drittel der Erlöse.
- Auch Klage gegen die Republik nicht auszuschließen.

Wien. Die mutmaßliche Anlagebetrugsaffäre rund um den Wiener Finanzdienstleister Amis nimmt eine neue Wendung. Der jüngst gegründete Verein Amis-Sammelklage will alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, damit die Geschädigten wieder ihr Geld zurückbekommen.

Es entstünden keine zusätzlichen Kosten für die Geschädigten, sagte der Vorstandsvorsitzende des Vereines Amis-Sammelklage, Werner Albeseder, am Donnerstag in einer Pressekonferenz in Wien. Der Verein arbeitet mit der Prozessfinanzierungsgesellschaft Advofin zusammen; die das finanzielle Risiko der anstehenden Prozesse zur Gänze übernimmt. Dafür erhält die Gesellschaft eine Erfolgsbeteiligung von rund einem Drittel an den Prozesslöh-

sen. Im Fall von außergerichtlichen Einigungen bekommt die Gesellschaft Advofin, die zuletzt in der Salzburger WEB-Wohnbau-Affäre für 2300 Geschädigte aufgetreten ist, rund ein Zehntel der Erlöse.

Der Rechtsanwalt Rainer Kraft gab bekannt, dass rund 2000 Amis-Geschädigte bereits jetzt Kontakt zum Verein oder zu den kooperierenden Anwaltskanzleien hätten. Er hoffe, dass sich ein großer Teil der 16.000 Betroffenen der Sammelklage anschließen werde.

Schaden für Österreich

Die Amis-Affäre sei eines der „dunkelsten Kapitel der österreichischen Wirtschaftsgeschichte“, sagte Albeseder. Offenbar habe man „Gelder von unbedarften und schlecht informierten Anlegern genommen, schlecht verwaltet und möglicherweise sogar bewusst zum Schaden der Anleger in die eigene Tasche gearbeitet“, so Albeseder. Der Verein agiere daher nicht nur im Interesse der Anleger, sondern auch, um den entstandenen „massiven“ Schaden für den Finanzplatz Österreich möglichst gering zu halten. Es werde viele Schadenersatzklagen aus verschiedenen Rechts-



Nicht nur ein Prozess, sondern mehrere Prozesse werden notwendig sein, damit möglichst viele Amis-Anleger ihr Geld zurückbekommen. Foto: bilderbox

gründen geben, ergänzte Kraft, dessen Kanzlei sich seit rund zwei Jahren mit Unregelmäßigkeiten bei Amis beschäftigt.

Haftungsansprüche würden in erster Linie an die Republik Österreich und die AEW (Anlegerentschädigung für Wertpapierdienstleistungsunternehmen), aber auch an die fondsführende Sella Bank in Luxemburg gestellt. Dort hätten „Verfehlungen Platz gegriffen, die dieses System überhaupt erst möglich gemacht haben“, sagte Franz Kallinger, Vorstand der Advofin. Nachdem davon auszuge-

hen sei, dass die AEW mit ihren 83 Mitgliedern mit dem Schadensvolumen überfordert sein werde, müsse man auch die Frage stellen, ob die EU-Entscheidungs-Richtlinie für Kapitalanlagen von Österreich richtig umgesetzt worden sei, sagte Kallinger.

Prozess gegen FMA

Damit wäre dann die Republik wegen falscher Umsetzung der Richtlinie haftbar. Man könne nicht ausschließen, dass auch die Finanzmarktaufsicht (FMA) in den Kreis der Haftungsadressaten aufgenommen werde,

ergänzte Kraft. Es sei zu klären, ob die FMA zu spät eingegriffen habe, sagte Kraft.

In Luxemburg konnten bisher rund 75 Mio. Euro an Amis-Geldern sichergestellt werden, sagte Rechtsanwalt Lukas Aigner. Bisher wurden 330 Mio. Euro an Forderungen angemeldet, bereinigt um Doppelmeldungen seien es rund 200 Mio. Euro. Es könnten aber noch einige dazu kommen, so Aigner.

Geschädigte können sich noch bis 12. Mai 2006 der Sammelklageaktion anschließen. ■